



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der SPD: Landesregierung muss Verantwortung übernehmen und Kommunen bei der Organisation der Aufnahme und der Integration der Geflüchteten aus der Ukraine unterstützen und entlasten!

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 05.04.2022

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Millionen von Menschen fliehen aus der Ukraine. Das ist die massivste Fluchtbewegung in Europa seit dem zweiten Weltkrieg. Die Ermordung hunderter Zivilisten in Butscha, Bombentreffer und Raketenbeschuss auf Wohngebäude, Krankenhäuser und Schulen zeigen nicht nur den Horror des Krieges. Sie zeigen auch deutlich, dass die Kriegsverbrecher im Kreml mit dem Terror gegenüber der Zivilbevölkerung gezielt Ukrainer zur Flucht treiben wollen.

Nicht zum ersten Mal versucht Russland Europa mit Flüchtlingen zu destabilisieren. Das wird aber diesmal nicht gelingen. So hat der Rat der Europäischen Union erstmals die Richtlinie zum vorübergehenden Schutz aktiviert. Das war ein klares und geschlossenes Signal der EU zur unbürokratischen Hilfe bei der Aufnahme und Verteilung der Ukraine-Flüchtlinge. In Deutschland kann auf dieser Grundlage eine schnelle Integration der Schutzsuchenden ermöglicht werden.

Nordrhein-Westfalen hat bisher rund 100.000 Vertriebene aufgenommen. Die Lage bleibt aber dynamisch. Das bedeutet eine große Kraftanstrengung aller Beteiligten, von privaten Initiativen, Kommunen und eben auch des Landes. Sehr beeindruckend ist, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich privat engagieren, bereit sind Menschen aus der Ukraine bei sich aufzunehmen, Sach- und Geldspenden zu leisten oder anderweitig zu helfen. Diesem Engagement gilt unser aller Dank.

Umso mehr bedauere ich, dass die Opposition in dieser Frage vor allem politische Geländegewinne im anstehenden Wahlkampf sucht. Der vorliegende Antrag bietet keine wirklichen Lösungen, wenn immer wieder mehr Geld gefordert wird und dann vorgeschlagen wird, zur Gegenfinanzierung nicht gebundene Mittel aus dem Corona-Sondervermögen einzusetzen. Dabei gleichen wir immer noch Folgen der Pandemie aus wie zum Beispiel bei den Verkehrsunternehmen. Und der Topf wäre doch schon längst leer, wenn wir allen Anträgen der SPD zum Rettungsschirm gefolgt wären.

Vor allem aber verkennt der Antrag, was die NRW-Koalition von FDP und CDU und die Landesregierung mit Minister Dr. Joachim Stamp aktuell leisten, um die Städte und Gemeinden bei der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten zu unterstützen. Sicher würden wir uns manchmal wünschen, dass Dinge noch schneller umgesetzt werden. Angesichts der großen Herausforderungen haben wir aber bereits viel erreicht, um geordnete Verfahren auf den Weg zu bringen.

Wir haben über 11.000 zusätzliche Plätze in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes sowie zum Beispiel in Messehallen und Hotels geschaffen. So haben wir ZUEs umfunktioniert zu Puffereinrichtungen, bevor eine Verteilung auf die Kommunen erfolgen kann. Wir wollen insgesamt 40.000 zusätzliche Notunterkunftsplätze einrichten, damit werden wir auf eine Kapazität des Landes von rund 60.000 Plätzen kommen. Diese werden wir soweit möglich auch den Kommunen zur Verfügung stellen.

Bei der Herausforderung der Registrierung unterstützt das Land die Städte und Gemeinden mit bis zu zehn mobilen Teams. Der Engpass ist derzeit allerdings noch die Lieferung der zur Erfassung erforderlichen PIK-Geräte. Wir wissen, dass aufgrund der visafreien Einreise Flüchtlinge ihren Zielort zunächst frei wählen können und sich dabei meist an bekannten Städten orientieren. Umso wichtiger ist die Verteilung auf die Kommunen nach der FlüAG-Aufnahmequote. Diese werden wir wöchentlich aktualisieren, um der dynamischen Entwicklung gerecht werden zu können.

Zum Schluss komme ich zur Frage der finanziellen Unterstützung. Wir haben bereits deutlich gesagt, dass wir den Kommunen helfen werden. Aber auch die Antragsteller sollten wissen, dass über diese Frage am Donnerstag die Ministerpräsidentenkonferenz berät. Wie man hört, zeichnet sich eine Lösung über das SGB II ab. In der Folge werden wir ermitteln, wo

darüber hinaus noch Bedarfe bestehen. Ich versichere Ihnen erneut: Wir werden die Kommunen bei dieser gesellschaftlichen Herausforderung nicht im Regen stehen lassen.

Vielen Dank!